Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/502
19. 06. 87

Fragen

für die Fragestunden der Sitzungen des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 24. Juni 1987
am Donnerstag, dem 25. Juni 1987

Verzeichnis der Fragesteller

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

1. Abgeordneter **Kohn** (FDP)

Wann wird die Bundesregierung die Aufgaben des Hauptprüfungsamtes der Deutschen Bundesbahn auf den Bundesrechnungshof übertragen?

2. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, das in der Augsburger Allgemeinen vom 10. Juni 1987 angeführte Gutachten über die künftige Streckenführung der Hochleistungsstrecke München—Nürnberg (über Augsburg bzw. Ingolstadt) in seinem vollen Wortlaut offenzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für innerdeutsche Beziehungen

3. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß nach einem Ministerialbeschluß DDR-Autoren und Wissenschaftler, die im Westen Honorare beziehen, nur über 50 v. H. dieser Bezüge persönlich verfügen dürfen und die übrigen 50 v. H. – früher jedoch nur 30 bis 40 v. H. – bei der DDR-Staatsbank in Ostmark umtauschen müssen?

4. Abgeordneter **Daweke** (CDU/CSU)

Falls ja, welche Maßnahmen hat die Bundesregierung dagegen unternommen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

5. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Welche Gutachten und Studien über die Bedeutung der Bucht von Dalyan für den Naturschutz waren der Bundesregierung bekannt, als sie die Genehmigung für die Gewährung von 10 Millionen DM finanzieller Hilfe durch die DEG für den Bau des Kounos Beach Hotel gab?

6. Abgeordnete **Frau Dr. Hartenstein** (SPD)

Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß die Türkei im Gebiet der Bucht von Dalyan die Anlage eines Nationalparkes beabsichtigt, und ist sie bereit, in Anbetracht dessen die Auszahlung der bundesdeutschen Finanzmittel zu stornieren?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

7. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Kann die Bundesregierung die Behauptung des Bayerischen Ministerpräsidenten Strauß vom Montag, 18. Mai 1987, bestätigen, daß er seine Glückwünsche an den südafrikanischen Präsidenten Pieter Willem Botha anläßlich dessen Wiederwahl „in völliger Übereinstimmung mit dem Kanzler" ausgedrückt und ihm Kanzleramtsminister Dr. Schäuble bestätigt habe, daß diese Glückwünsche „im Rahmen der gemeinsamen Politik" lagen, oder hat der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Schäfer, die Auffassung der Bundesregierung zutreffend wiedergegeben, als er die Glückwünsche als „ungebührlich und unmöglich" bezeichnete?

8. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Hat der Bundeskanzler ein Jahr nach Umbenennung des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit in Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit entschieden, welche zusätzlichen Zuständigkeiten bei diesem Ministerium angesiedelt sind, und welche zusätzlichen Federführungen dem Ministerium übertragen werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit

9. Abgeordnete **Frau Schmidt (Nürnberg)** (SPD)

Worauf stützt die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit ihre Feststellung, daß Ärzte ihrer gesetzlichen Meldepflicht über durchgeführte nicht rechtswidrige Schwangerschaftsabbrüche nicht nachgekommen seien, und in wie vielen Fällen ist gegebenenfalls eine solche Ordnungswidrigkeit mit den im Gesetz vorgesehenen Geldbußen geahndet worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

10. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Unfall vom 12. Mai 1987 im Schacht 1 des geplanten Atommüll-Endlagers Gorleben?

11. Abgeordneter **Dr. Hirsch** (FDP)

Ist der Bundesregierung eine funktionierende Endlagerstätte bekannt, die unseren Sicherheitsvorstellungen entspricht?

12. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung von Prof. Ernst Bayer, durch welche Öl aus Klärschlamm produziert werden kann (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 11. Juni 1987), und welche Möglichkeiten sieht sie, Modellvorhaben einzelner Gemeinden zur Klärschlammbeseitigung nach dieser Niedertemperaturmethode zu fördern?

13. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung – unter Berücksichtigung von Artikel 84 Abs. 3 GG – die Tatsache, daß die Bohr- und Sprenggesellschaft R. KG zumindest in den Jahren 1976 bis 1982 über 1500 Fässer mit LOST-Rückständen im Auftrag und mit Wissen des Bayerischen Staatsministers des Innern auf ihrem Sprengplatz Ingolstadt (Depot Prinz Karl) in Öfen verbrannt hat, ohne daß jemals ein immissionsschutzrechtliches Verfahren (§ 4 ff. BImSchG) für diese Anlage und diesen Betrieb seitens des bayerischen Innenministers eingeleitet (oder die Bundesregierung informiert) wurde, und kann sie ausschließen, daß jetzt und in Zukunft bei weiteren Aktionen zur Vernichtung von Kampfmitteln (etwa aus den Kampfstoff-Funden auf dem Bunkergelände bei Mühldorf) in gleicher Weise wie bisher und ohne Information der örtlichen Behörden und Rettungsdienste über die Existenz der Anlage verfahren wird?

14. Abgeordneter **Vahlberg** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung ein Verfahren zur Beseitigung von LOST, das darin besteht, diesen Kampfstoff in einfachen, im Freien stehenden Öfen in unmittelbarer Nähe einer Ortschaft (Katharinenberg) zu verbrennen, angesichts des hohen Technologie- und Sicherheitsaufwandes, den der Leiter der Kampstoffvernichtungsanlage Munster des Bundes für nötig erachtet (vgl. seine Aussage in einem Beitrag des Bayerischen Fernsehens in der Sendung „Zeitspiegel" vom 9. Juni 1987), und sieht sie in dem von der Fa. R. KG praktizierten und von der Bayerischen Regierung gebilligten Verfahren nicht eine akute Gefährdung der Bevölkerung der umliegenden Ortschaften auf Grund des durch den Verbrennungsvorgang in hohem Maße freigesetzten Kampfstoffs (vgl. Aussage von Prof. Nik. Kehr, ebd.)?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

15. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

In welcher Form wird die Bundesregierung – wie vom Bundeskanzler in der Regierungserklärung angekündigt – die „allgemeine Raumordnung" unterstützen?

16. Abgeordneter **Menzel** (SPD)

Was ist die allgemeine Raumordnung im Sinne des Bundeskanzlers?

17. Abgeordneter **Großmann** (SPD)

In welcher Form will die Bundesregierung der Forderung des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Schneider, entsprechen, der Raumordnung einen verstärkten Zugriff auf investive Mittel zu ermöglichen (vgl. FAZ vom 20. März 1987)?

18. Abgeordneter **Großmann** (SPD)

Auf welche Indikatoren und Bewertungen stützt sich die Aussage des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Dr. Schneider (vgl. FAZ vom 20. März 1987), daß von dem „Süd-Nord-Gefälle im Bundesgebiet" Gefahren ausgehen, und durch welche Maßnahmen will die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode dieser Entwicklung entgegenwirken?

19. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, bei Bauvorhaben des Bundes wieder mehr freiberufliche Architekten und Ingenieure bei der Planung und Durchführung der Baumaßnahmen zu berücksichtigen?

20. Abgeordneter **Dr. Meyer zu Bentrup** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, eine gesetzliche Initiative zu ergreifen, um im Sinne der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen einen höheren Anteil freiberuflich tätiger Architekten und Ingenieure bei öffentlichen Bauvorhaben von Bund, Ländern und Gemeinden sicherzustellen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

21. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

In welcher Weise werden die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland in diesem Jahr am 17. Juni des Tages der Deutschen Einheit gedenken?

22. Abgeordneter **Böhm (Melsungen)** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, nach dem Tag der Deutschen Einheit 1987 zu berichten, in welcher Weise dieser Gedenktag durch die diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland begangen worden ist?

23. Abgeordneter **Lowack** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus dem Anhörungsverfahren zur Reform über den Auswärtigen Dienst vom 27./28. Februar und 13. März 1985 gezogen und wird sie noch ziehen?

24. Abgeordneter **Dr. Mechtersheimer** (DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung ihrer bisherigen Haltung gemäß, Rüstungskontrollabkommen auch durch Vor-Ort-Inspektionen zu verifizieren, bereit, auch die Produktionsstätten der Chemischen Industrie in der Bundesrepublik Deutschland überprüfen zu lassen und sich auch über diesbezügliche Bedenken z. B. der Firma Bayer hinwegzusetzen?

25. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung das „über-die-Grenze-bringen" von Mikrofilmen mit Konstruktionsunterlagen von Kriegswaffen im Diplomatengepäck, und welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung vor, daß der in dieser Weise tätig gewesene und ihr bekannte Kurier der südafrikanischen Botschaft in Bonn seine einschlägige Tätigkeit eingestellt hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

26. Abgeordnete **Frau Olms** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung ihre Möglichkeit, die Bürger/innen von der von ihr gewollten Auskunftspflicht bei der Volkszählung überzeugen zu können, vor dem Hintergrund der Aussage des dort auskunftspflichtigen Bundeskanzlers Dr. Kohl vor dem Flick-Untersuchungsausschuß „Entschuldigen Sie, was ich beantworte, überlassen Sie bitte mir"?

27. Abgeordnete **Frau Olms** (DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage Bundesinnenministers Dr. Zimmermann vor dem Bundesverfassungsgericht 1983, wonach seit 1871 noch niemals statistische Angaben zweckentfremdet und mißbraucht worden seien, angesichts der Tatsache, daß die Daten der Volkszählung 1950 trotz entsprechender Zusicherungen des damaligen Bundespräsidenten Heuss kurz nach der Zählung für Zwecke der Gewerbesteuerbehörden mißbraucht wurden?

28. Abgeordneter **Wüppesahl** (DIE GRÜNEN)

Haben das Bundeskriminalamt und das Bundesamt für Verfassungsschutz Ersuchen an Polizei oder andere Behörden der Länder gerichtet, ihnen – ähnlich wie aus Baden-Württemberg bekanntgeworden – personenbezogene Daten von Volkszählungskritikern zu übermitteln, oder welche Dienststellen haben solche Daten an die genannten Ämter von sich aus weitergeleitet?

29. Abgeordneter **Wüppesahl** (DIE GRÜNEN)

Auf welcher Rechtsgrundlage sind den genannten Ämtern „Lagebilder" über Boykottaufrufe zur Volkszählung übermittelt worden, und welchem Aspekt der Aufgabenerfüllung, insbesondere des Verfassungsschutzes, dienen sie?

30. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Wie viele sogenannte „Abspringer" polnischer Nationalität wurden an den Grenzübergängen der Bundesrepublik Deutschland zur DDR und CSSR jeweils in den letzten fünf Jahren und den ersten fünf Monaten dieses Jahres registriert?

31. Abgeordneter **Hinsken** (CDU/CSU)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach davon bis zu 90 v. H. „verschwunden" sind, so daß man davon ausgehen muß, daß hiervon die meisten illegal arbeiten, und was gedenkt die Bundesregierung dagegen zu tun?

32. Abgeordneter **Wiefelspütz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der frühere Vorsitzende der in der Türkei verbotenen rechtsextremistischen türkischen „Partei der nationalen Bewegung (MHP)", A. T., kürzlich in das Bundesgebiet einreiste und als Redner an einer Veranstaltung der rechtsradikalen Türk-Föderation am 6. Juni 1987 in den Zentralhallen in Hamm auftrat?

33. Abgeordneter **Wiefelspütz** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß die Einreise des türkischen Rechtsextremisten A. T. in das Bundesgebiet und seine Teilnahme an Veranstaltungen rechtsextremistischer Organisationen im Bundesgebiet mit den Belangen der Bundesrepublik Deutschland vereinbar ist?

34. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Treffen Pressemeldungen zu, wonach der Bundesminister des Innern, Dr. Zimmermann, den Bildhauer Arnold Breker für die Verleihung des Bundesverdienstkreuzes vorschlagen will?

35. Abgeordneter **Dr. Schöfberger** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die Praxis der bayerischen Grenzpolizei, einreisewillige Österreicher, die beabsichtigen, in Wackersdorf gegen den Bau der Wiederaufarbeitungsanlage zu demonstrieren oder als Journalisten über solche Demonstrationen zu berichten, an der bayerisch-österreichischen Grenze zurückzuweisen, wegen Verstöße gegen völkerrechtliche Normen und gegen das Ausländergesetz sowie zwecks Gewähr einer einheitlichen Einreisepraxis gemäß Artikel 84 Abs. 3 und 4 GG aufsichtlich zu beanstanden oder hiergegen gemäß § 25 Abs. 1 Nr. 1 Ausländergesetz Einzelweisungen zu erteilen, und falls nicht, warum nicht?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

36. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Ist es richtig, daß im Aufsichtsrat der VEBA AG die beiden Posten der Bundesregierung ersetzt werden durch Vertreter der Kreditwirtschaft,

und wie beurteilt die Bundesregierung diese Einflußverschiebung im Aufsichtsrat der VEBA, insbesondere unter dem Aspekt der ständig steigenden Banken- und Versicherungsmacht?

37. Abgeordneter **Dr. Jens** (SPD)

Ist die geplante Begrenzung des Stimmrechts auf 5 v. H. des Grundkapitals bei der VEBA AG nach Ansicht der Bundesregierung ein Eingriff in das Eigentumsrecht am Produktivvermögen oder eine berechtigte Maßnahme zur Sicherung der Unabhängigkeit eines Konzerns?

38. Abgeordneter **Uldall** (CDU/CSU)

Wie ist die Beteiligung der Deutschen Lufthansa an einer Seeschiff-Reederei zu vereinbaren mit der erklärten Politik der Bundesregierung, den Staatsanteil zu reduzieren durch eine Privatisierung von Bundesbeteiligungen an privatwirtschaftlich tätigen Unternehmen?

39. Abgeordneter **Uldall** (CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung auch weiterhin bei ihrer politischen Linie, daß grundsätzlich keine neuen indirekten Bundesbeteiligungen eingegangen werden sollen?

40. Abgeordneter **Stiegler** (SPD)

Wie ist der Stand des Modellversuches „Lärmschutz am Truppenübungsplatz Grafenwöhr", und wie wurden bisher die betroffenen Bürger an der Durchführung des Modellversuches beteiligt?

41. Abgeordneter **Graf** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die vom Amt für Verteidigungslasten signalisierte Auffassung, daß eine durch Tiefflug zusammengefallene Scheune schadensmäßig deshalb nicht ersetzt werden kann, weil diese vor 100 Jahren nicht ordnungsgemäß errichtet worden ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

42. Abgeordneter **Austermann** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der Empfehlung des Bundestages zur Umstrukturierung der Schiffbauförderung nach bisher bestehenden Entscheidungen in den beteiligten Ministerien (Bundesministerium für Wirtschaft, Bundesministerium für Verkehr, Bundesministerium der Finanzen) nicht gefolgt werden, sondern eine Veränderung der Förderung – mit entsprechender nachteiliger Wirkung für die Werften im Jahre 1987 – erst zum Haushalt 1988 erfolgen soll?

43. Abgeordneter **Grünbeck** (FDP)

Verfügt die Bundesregierung über eine Marktanalyse hinsichtlich des weltweiten Bedarfs an Großraumflugzeugen einerseits und kleinen und mittleren Flugzeugen andererseits bis zum Jahr 2000?

44. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)	Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um Informationen, z. B. im Deutschen Fernsehen, nachzugehen, nach denen der Iran Waffen aus der Bundesrepublik Deutschland kauft, die zum Teil mit den Gewinnen aus dem Drogenverkauf in der Bundesrepublik Deutschland bezahlt werden?
45. Abgeordneter **Müller (Pleisweiler)** (SPD)	Geschah das Treffen zwischen dem US-Oberstleutnant Oliver North und dem amerikanischen Waffenhändler Albert Hakim mit iranischen Vertretern, das, lt. Zeugenaussage Hakims vor dem US-Untersuchungsausschuß zur Iran-Contra-Affäre, in der Bundesrepublik Deutschland stattgefunden haben soll und bei dem US-Waffenlieferungen an den Iran vereinbart worden sein sollen, mit Wissen der Bundesregierung?
46. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)	In welchem Umfang betreibt die Firma Saarberg-Interplan Uran GmbH, Saarbrücken, an der der Bund wesentlich beteiligt ist, Uranerzabbau in dem Stollen „Christa" in der Gemeinde Kirchenlamitz, Ortsteil Großschloppen in Oberfranken, und welche Ausweitung(en) der Abbautätigkeit ist (sind) für die nächsten Jahre vorgesehen?
47. Abgeordneter **Dr. Daniels (Regensburg)** (DIE GRÜNEN)	Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Firma Saarberg-Interplan derzeit im Raum Kirchenlamitz nach einem Grundstück sucht, auf dem eine Erstaufbereitungsanlage für uranhaltiges Gestein errichtet werden soll, und bis wann muß die Errichtung und der Betrieb einer solchen Anlage befürchtet werden?
48. Abgeordneter **Weiss (München)** (DIE GRÜNEN)	Ist der jetzt im Rahmen von Forschungen betriebene und später kommerziell vorgesehene Uranabbau überhaupt wirtschaftlich angesichts der Tatsache, daß auf dem Weltmarkt ein Überangebot an Uran herrscht und die Uranpreise derzeit auf einem Tiefststand angelangt sind, und welche anderen Gründe sind gegebenenfalls maßgeblich dafür, daß der Uranabbau trotzdem durchgeführt werden soll?
49. Abgeordneter **Weiss (München)** (DIE GRÜNEN)	Ist es richtig, daß im Jahr 1981 eine (damals noch von der Firma ESSO angelegte) direkt neben einem Wanderweg am Eprechtstein befindliche Abraumhalde Aufsehen erregte, weil Messungen eine Überschreitung der zugelassenen Höchstwerte um das Dreizehnfache ergeben haben, und wie wird derzeit der Abraum behandelt?
50. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)	Liegen Messungen vor, wie hoch die Emanation an Radon/Radonfolgeprodukten aus dem Stollen und den Abraumhalden derzeit ist, und welche Erhöhung der Emanation ist zu erwarten, wenn von dem derzeitigen Forschungsbetrieb auf kommerziellen Betrieb umgestellt wird?

51. Abgeordnete **Frau Wollny** (DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß das abgebaute, erzhaltige Gestein derzeit in die CSSR transportiert, dort separiert und zu „Yellow Cake" aufgearbeitet und anschließend in die Bundesrepublik Deutschland zurückgeliefert wird, und ist es richtig, daß im Oktober 1986 innerhalb einer Woche zwei Urantransporte auf dem Weg in die Tschechoslowakei verunglückt sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

52. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei einer der Aussetzung der Intervention folgenden neuen Intervention bei Butter die Holländer das Zahlungsziel von 90 bis 120 Tagen überschreiten mit 147 Tagen, und was gedenkt die Bundesregierung gegen diese vorprogrammierte Wettbewerbsverzerrung am Markt zu tun?

53. Abgeordneter **Eigen** (CDU/CSU)

In welchen Ländern der Europäischen Gemeinschaft werden neben den U- und R-Qualitäten bei Ochsen und Bullen auch die O-Qualität interveniert, und in welchem Umfang bei den drei Qualitäten?

54. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß wassergefährdende Pflanzenschutzmittel wie Atrazin neuerdings in einer Konzentration in Talsperren, die der Trinkwasserversorgung dienen, nachgewiesen werden konnten (Stevertalsperre, Haltern), die gesundheitliche Schäden als Folge des Trinkwassergenusses bewirken, und hält die Bundesregierung es für erforderlich, bei der Novellierung der Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung die Anwendung von derartigen Pflanzenschutzmitteln grundsätzlich im Bereich von Wassereinzugsgebieten von Stauseen zu verbieten?

55. Abgeordneter **Dr. Klejdzinski** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, Landwirten, die nachweislich zulässige Zusatzpräparate anwenden, finanzielle Ausgleichshilfen zu gewähren, um diese Landwirte wettbewerbsmäßig mit denen gleichzustellen, die von einem Verbot nicht betroffen sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

56. Abgeordneter **Hasenfratz** (SPD)

Inwieweit wird die Bundesregierung die in der Öffentlichkeit wiederholt von Bundesminister Dr. Töpfer geäußerte Forderung nach einem Sonderbeitrag von Rauchern und Alkoholkonsumenten

bei der gesetzlichen Krankenversicherung zum Gegenstand einer Gesetzesinitiative machen, oder hat die Bundesregierung dieses Ansinnen bereits abgelehnt?

57. Abgeordneter **Hasenfratz** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Forderung des Präsidenten der Deutschen Ärztekammer, für bestimmte unfallträchtige Sportarten von den Ausübenden einen Risikobeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung durch eine Novellierung der Beitragsordnung durch Gesetz oder Verordnung zu verlangen, und welche Sportarten würden wegen ihrer absoluten Unbedenklichkeit von einer solchen Regelung ausgenommen werden können?

58. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Wieviel Anträge auf BU/EU-Rente wurden 1985 und 1986 bei den Rentenversicherungsanstalten gestellt, und wieviel wurden auf Grund der gesetzlichen Änderungen durch die Haushaltsbegleitgesetze wegen fehlender Anspruchsvoraussetzungen abgelehnt?

59. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Wie teilt sich dies jeweils auf in Frauen und Männer?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

60. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Trifft es zu, wie unter Berufung auf das Bundesministerium der Verteidigung in der letzten Zeit in den Medien mehrfach gemeldet wurde, daß die Bundesregierung die Sportkompanien und Sportfördergruppen auch für Sportlerinnen öffnen will, und welche Absichten verfolgt die Bundesregierung mit diesem Vorhaben?

61. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Hat die Bundesregierung Pläne, in den Bundeswehr-Sportschulen in Warendorf und Sonthofen – durch die Umbenennung in Olympia-Stützpunkte – die Einbeziehung von Frauen in die Sportförderung der Bundeswehr zu ermöglichen, und auf welche Vorschläge gehen diese Überlegungen zurück?

62. Abgeordneter **Dr. Weng (Gerlingen)** (FDP)

Sieht die Bundesregierung auf Grund von neuen Waffensystemen – wie die z. B. im SPIEGEL Nr. 24 beschriebene Fog-M-Abwehrrakete – die Möglichkeit, die Erfordernisse der Panzerabwehr neu zu definieren und z. B. auf einen weiterentwickelten Panzerabwehrhubschrauber zu verzichten?

63. Abgeordneter
Dr. Mechtersheimer
(DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung Überlegungen oder Planungen bestätigen, wonach die Bundesluftwaffe zusätzlich rund 200 konventionell bestückte Raketen für Luftangriffsoperationen z. B. gegen Flugplätze (Counter Airfield Attack) erhalten und daß es sich dabei um eine auf unter 500 Kilometer Reichweite reduzierte Version des Waffensystems Pershing handeln soll?

64. Abgeordneter
Horn
(SPD)

Wie will die Bundesregierung begründen, daß sie das Technologie- und Experimentalprogramm TECHNEX, das gemäß Schreiben Staatssekretärs Prof. Timmermann an den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses vom 3. Juni 1987 mit 28 Millionen US-Dollar veranschlagt ist – entsprechend einem Wechselkurs von 2,60 DM für 1 US-Dollar (Beschaffungsvorlage ROLAND/PATRIOT, Bundesministerium der Verteidigung, Staatssekretär Dr. Rühl vom 28. November 1984, Anlage 1, Seite 3) mit einem Volumen von 72,8 Millionen DM –, dem Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages nicht im Rahmen der 50 Millionen DM-Vorlagen vorgelegt hat?

65. Abgeordneter
Steiner
(SPD)

Stimmt die Bundesregierung mir zu, daß, wenn sie sich verpflichtet, ich zitiere „in ihrer Rüstungsplanung enthaltene Programme im Wert von 50 Million US-Dollar auszuweisen", sie diese Programme auch tatsächlich ausweisen muß?

66. Abgeordneter
Erler
(SPD)

Teilt die Bundesregierung meine Auffassung, daß eine Verschleierung vorliegt, wenn im Beschaffungsprogramm für die Flugabwehrsysteme ROLAND/PATRIOT offiziell Mittel für „Maßnahmen zur Stärkung der Luftverteidigung" eingestellt werden, die dann im Rahmen des TECHNEX-Programms zu Untersuchungen für Angriffswaffen – Boden-Boden-Flugkörper für „Offensive Counter Air" – verwendet werden?

67. Abgeordneter
Erler
(SPD)

Bleibt die Bundesregierung bei ihrer Antwort vom 5. Dezember 1986 auf die Fragen 84 bis 86 von Dr. Klejdzinski (Drucksache 10/6746) – ich zitiere: „Eine Entscheidung über eine Nachfolge für die Pershing I a-Systeme der Bundeswehr steht derzeit nicht an"?

68. Abgeordneter
Zumkley
(SPD)

Hat die Bundesregierung veranlaßt, daß eine Taktische Forderung (TaF) für ein Nachfolgesystem Pershing I a erarbeitet wird?

69. Abgeordnete
Frau
Fuchs
(Verl)
(SPD)

Bleibt die Bundesregierung hinsichtlich meiner Frage 46 vom 3. Dezember 1986 (Drucksache 10/6768) bei der Antwort, daß diese „Aussage von Bundesminister Dr. Wörner keinen Bezug zu irgendwelchen bestimmten Flugkörpersystemen"

habe, „sondern ... lediglich allgemein Möglichkeiten einer Bekämpfung aus der Luft von stationären oder mobilen Zielen" aufzeigen solle, oder handelt es sich hier anstelle „allgemeiner Möglichkeiten einer Bekämpfung aus der Luft" doch um spezifische Untersuchungen über Waffenbehälter für konventionelle Gefechtsköpfe, konventionelle Submunition und neues Startgerät für ballistische Boden-Boden-Flugkörpersysteme?

70. Abgeordnete
Frau Fuchs (Verl)
(SPD)

Mit welcher Begründung fordert die Bundesregierung, daß die nuklearen Gefechtsfeldköpfe für das Waffensystem Pershing I a nicht in Genf verhandelt werden, obwohl erstens diese Gefechtsköpfe im amerikanischen Besitz sind, zweitens diese Gefechtsköpfe für Raketen mit einer Reichweite von 750 Kilometer in den zweiten Teil der doppelten Null-Lösung gehören, der die Waffensysteme im Reichweitenband von 500 bis 1 000 Kilometer betrifft und drittens die Bundesrepublik Deutschland den Atomwaffensperrvertrag ratifiziert hat?

71. Abgeordneter
Gerster (Worms)
(SPD)

Von welchen logistischen Maßnahmen und jährlichen Kostenansätzen für das Waffensystem Pershing I a geht die Bundesregierung aus, falls sie dieses über das Jahr 1991 hinaus einsatzbereit halten will?

72. Abgeordneter
Graf
(SPD)

Trifft es zu, daß der Lärm im Tieffluggebiet Nr. 1 (Landkreise Cloppenburg, Vechta, Bersenbrück, Emsland und Ammerland) insbesondere an Schönwettertagen zu unverhältnismäßig hohen Lärmbelastungen durch den Tiefflug führt, daß allein an zwei Tagen im April dieses Jahres durch die Skyguard-Überwachung 273 Tiefflüge über einem Dorf in der Tiefflugregion Nr. 1 festgestellt wurden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um kurzfristig Maßnahmen zu ergreifen, die zu einer deutlich merkbaren Verringerung des Tieffluges in der Tiefflugregion Nr. 1 führen?

73. Abgeordneter
Gansel
(SPD)

Wie hat sich der Vorfall in der Ostsee, bei dem der Tender „Neckar" der Bundesmarine bei der Beobachtung eines Übungsschießens von Granaten eines polnischen Kriegsschiffes getroffen wurde, nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zugetragen, und welche Konsequenzen hat die Bundesregierung daraus gezogen?

Bonn, den 19. Juni 1987



Druck: Buchdruckerei P. Meier GmbH, Reisertstraße 14, 5202 Hennef (Sieg) 1, Telefon (02242) 6044
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 200821, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (0228) 363551
ISSN 0722-8333